

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Carmond-Spaltenszelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. E. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. März d. J. den evangelischen Pfarrer in Prag, Senior Jakob Benesch als Superintendenten der Prager evangelischen Superintendenten Augsburgischer Bekenntnisses allergnädigst zu bestätigen geruht.

Hente wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

IV. Stück. Jahrgang 1863.

Inhalts-Übersicht:

4.

Rundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 21. März 1863, Z. 3661.

betreffend die Aufhebung der Gebäcksfagung im Herzogthume Krain und insbesondere in der Stadt Laibach. Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach den 30. März 1863.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 29. März.

Die Differenz im Schooße des Ministeriums ist wieder ausgeglichen, und aus der großen Thätigkeit, welche in der siebenbürgischen Hofkanzlei herrscht, schließt man auf ein baldiges Flüssigwerden der Frage. Die Anordnung der Wahlen soll in Kürze erfolgen. Die Municipalitätsausschüsse einzelner Komitate haben ihre Versammlungen aufgenommen, um die gemeinsamen Angelegenheiten wieder in öffentlicher Verhandlung zu beraten. Damit ist eine der Vorbedingungen erfüllt, an welche die Einberufung des Landtages gebunden ist. Die Beschleunigung der letzteren wird wohl wesentlich von dem Verhalten und den Resultaten dieser Versammlungen abhängen.

Die Idee eines europäischen Kongresses gewinnt, wenigstens in der Tagespresse eine immer festere Gestalt. Die „Independance“ erfährt übereinstimmend mit der „France“, Napoleon habe, eine in diesem Punkte etwas von England abweichende Politik befolgend, nicht vorgehen wollen, ohne Oesterreich erst zum Genossen gemacht zu haben, das sei aber seit Metternich's Anwesenheit in Wien gelungen und man könne mit Wahrscheinlichkeit den Zusammentritt eines Kongresses erwarten, zu dem nicht nur jene Mächte, welche die Verträge von 1815 unterzeichneten, sondern auch die Regierungen anderer Länder geladen werden sollen.

Wegen der Grenzverletzung durch die Russen hat Oesterreich reklamirt. Es verlangt Genugthuung für die früheren Exzesse und Sicherstellung, daß ferner sein Territorium respektirt werden würde.

Langiewicz ist nach Brünn internirt worden, wo er sich, gegen Ehrenwort die Stadt nicht zu verlassen, frei bewegen darf. Ueber die Ursachen, warum er seine Diktatur niederlegte wird der „Bresl. Ztg.“ Folgendes aus Krakau geschrieben:

Langiewicz ist vielleicht der einzige rechtschaffene Mann im jetzigen polnischen Befreiungskampfe. Daß Mikroslawski Ende Januar von dem damals noch „rothen“ Revolutionskomitee aufgefodert wurde, die Diktatur zu übernehmen, ist jetzt allbekannt. Kaum in Polen angekommen, zeigte er an, er sei zum „Oberbefehlshaber“ der Aufständischen ernannt, zog sich aber bald zurück, verfolgt nicht allein von den Russen, sondern auch vom hohen Adel, der seine sozialistischen

Ideen fürchtete. Inzwischen hatte sich Langiewicz zur Geltung gebracht. Bürgerlich und volkshreundlich gesinnt, militärisch gebildet und persönlich muthig, stobte er in dreifacher Hinsicht Vertrauen ein; — in das Nationalkomitee waren inzwischen einige „Weiße“ vom hohen Adel eingetreten, und so wurde denn Langiewicz, vor dem die Ernennung des Mikroslawski geheim gehalten wurde, zum Diktator gewählt und derselbe gedrängt, die bekannte Proklamation zu erlassen. Das geschah Alles nur, um Mikroslawski unschädlich zu machen; in Wirklichkeit wurden gleich damals Beide, Mikroslawski und Langiewicz, betrogen und verrathen; denn der polnische Aristokrat denkt gar nicht daran, einen freisinnigen und gemäßigten Mann aus dem Bürgerstande für die Dauer über sich zu dulden.

Langiewicz hielt sich fortwährend in der Nähe Krakaus auf, bewacht und beengt vom hohen Adel, der hier von jeher in kritischen Momenten sich zusammenfindet. Langiewicz ließ im Drange der Ereignisse Maudes ungerührt hingehen, endlich plagte die Bombe. Einige junge Polen vom hohen Adel, die mit ziemlich bedeutenden, freilich meist unzuverlässigen Anhängen aus dem Krakauschen zu ihm gestoßen waren, wünschten Offiziere zu werden. Langiewicz zog bürgerliche und auch mehrere adelige junge Leute vor, die sich in frühern Schlachten bereits bewährt hatten und wies die Bittsteller ab, mit der Aufforderung, sich der ersetzten Charge vorher würdig zu zeigen. Die jungen Leute ignorirten das völlig und machten sich selbst zu Offizieren über die von ihnen gebrachten Leute. Nach der für die Polen siegreichen Schlacht bei Zagose stellte Langiewicz dieselben vor ein Kriegsgericht, in das sich inzwischen sehr viele Mitglieder des hohen Adels eingedrängt hatten, verlangte die Verurtheilung zum Tode; das Urtheil lautete auf Freisprechung. Langiewicz legte nun sofort die Diktatur nieder und zog sich mit seinem Adjutanten, Zrl. Puslowostoff, und sechszehnhundert seiner persönlichen Anhänger, die zumeist schon bei Sandomir unter ihm gestochten, zurück, nachdem er auf dringendes Anstürmen der Aristokraten den bekannten Brief geschrieben, nach welchem er „eine wichtige Reise“ vor hatte. Ganz unbehelligt von den Russen, die von dem ganzen Vorgange keine Ahnung hatten, erreichte er Opatowice, benutzte die daselbst permanent liegenden Fährten, um nach Oesterreich hinüber zu setzen, was über vier Stunden in Anspruch nahm. Dann stellte er sich unter den Schutz Oesterreichs, wurde nach Tarnow und von da nach Krakau gebracht.

Aus dem Landtage.

Laibach, 29. März.

Der wichtigste Gegenstand welcher in der gestrigen Sitzung verhandelt wurde, war das projektirte Lotterieanlehen, das den Zweck hat, dem Grundentlastungsfonde einen solchen Betrag zuzuführen, daß der ursprüngliche Rückstand des Landes an den Fond gedeckt wird. Ueber die Art und Weise, wie diese Kreditoperation durchgeführt werden soll, haben wir schon berichtet. Der Landesausschuß hat mit dem Großhandlungshause Schuller & Comp. in Wien Unterhandlungen angeknüpft, deren Resultate dem Finanzausschuße zur Prüfung vorgelegt worden waren. Der Finanzausschuß hatte mit Hinzuziehung dreier Sachverständigen das Projekt geprüft und mit allen gegen eine Stimme sich für den mit Schuller vereinbarten Plan ausgesprochen. Diese eine Stimme war die des Dr. Roman, welcher nun in der gestrigen Sitzung sein Separatvotum dahin abgab, daß er die Offerte des Hauses Sothen in Wien, welches mittlerweile sich auch zu dem Geschäfte angeboten hatte, für günstiger erklärte, und dieß besonders darum, weil Sothen sich auch bereit erklärte auf die Operation einzugehen, wenn die Lose den Betrag von 40 fl. erhalten würden.

Trotz des günstigen Lichtes, in das Dr. Roman das Sothen'sche Offert setzte, entschied sich das Haus doch mit großer Majorität für den Anschubstrag; die Gründe, welche dazu bewogen, müssen wohl triftiger Natur sein, denn sonst hätten sich wenigstens Stimmen für die Ansicht Dr. Roman's geltend gemacht, was nicht geschah.

Der Landtag entschied sich aber auch für das Projekt mit Lossen zu 20 fl., trotz der Erklärung des Herrn Regierungskommissärs, daß es deshalb die Sanktion nicht erhalten werde. Man hegt nämlich die Hoffnung, daß es einer Deputation an Seine Majestät den Kaiser gelingen werde die Sanktion zu erhalten, wenn auf die sonstige Ueberbürdung Krains hingewiesen und betont werde, daß eine gleiche Vergünstigung schon Andern zu Theil geworden ist, wie z. B. Graf Waldstein, Fürst Windischgrätz u.

Es ist ganz gut, daß man den Versuch macht; allein man hätte auch im Hinblick auf die Möglichkeit, daß die Sanktion dennoch versagt werde, einen Vertrag mit Schuller & Comp. entwerfen sollen, in welchem der Betrag der Lose mit 40 fl. festgestellt war, um dem Landesausschuße die Finanzoperation noch vor der nächsten Session des Landtages ausführbar zu machen.

Die Anzahl wichtiger Geschäfte, welche der Landtag noch erledigen soll, darunter die Neglerungsvorlage bezüglich der Regelung der Grundbücher und das Präliminare des Landesfonds, der Wohlthätigkeitsanstalten u. für 1864 machten es nöthig auch heute, am Palmsonntage eine Sitzung zu halten. In Betracht der von den verschiedenen Rednern betonten Kürze der Zeit, welche zur Erledigung dieser Angelegenheiten noch verbleibt, war es unerquicklich, daß sich über die Anträge des Ausschusses zur Förderung des Grundentlastungsgeschäftes eine mehrstündige Debatte entwickelte, die kein anderes Resultat hatte, als daß, wie Abg. v. Strahl bemerkte, eine wahre Verwirrung in den Anschauungen über die Begriffe „Hobrittsrechte“, „Waldreservat“ u. entstand, und die Anschubsträge schließlich angenommen wurden. Die meisten Redner sagten, sie wollten sich kurz fassen, und ergingen sich dann mit einer Breite über den Gegenstand, zogen eine Menge von Nebensachen hinein, als ob das Haus noch beim Anfang der Session wäre. Wie gesagt, das war sehr unerquicklich. In dem glauben wir, die beiden letzten Sitzungen werden genügen, um das Wichtigste zu erledigen, und wenn Dienstag der Schluß stattfindet, wird sich der Landtag sagen können, daß seine zweite Session eine resultatreiche war.

38. Sitzung

des krainischen Landtages

am 29. März.

Vorsitzender: Herr Landesbaupräsident-Stellvertreter von Wurzbach; k. k. Regierungskommissär Herr Landesrath Roth.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls kommt die Regierungsvorlage betreffend, die Anlegung neuer Grundbücher und die Verbesserung von bereits vorhandenen öffentlichen Büchern, zur Verhandlung.

Abg. Brolich, als Berichterstatter, liest den Ausschussbericht, nach welchem der Ausschuss sich dahin äußert, daß mit Rücksicht auf eigenthümliche Verhältnisse des Landes keine Anstände den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes entgegenstehen. Nur zu den SS. 4, 10 und 33 macht der Ausschuss Bemerkungen. Demnach stellt er den Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Es werde der von dem zur Vorberathung der Regierungsvorlage, in Betreff eines allgemeinen Gesetzes wegen Anlegung neuer Grundbücher und

Verbesserung von bereits vorhandenen öffentlichen Büchern sammt einer neuen Grundbuchordnung gewählten Ausschusse gefasste Beschluß:

„daß mit Rücksicht auf eigenthümliche Verhältnisse des Landes keine Anstände den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes entgegenstehen“, genehmigt, und derselbe der k. k. Landesregierung in Antwort auf die an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Zuschrift vom 18. Februar d. J., 3. 304 P., mitgetheilt.

Weiters wolle der hohe Landtag beschließen:

Auch die von dem Ausschusse zu den einzelnen Gesetzen gemachten Bemerkungen werden genehmigt und im Nachhange zu dem obigen Beschlusse gleichfalls der k. Landesregierung mitgetheilt.

In der Generaldebatte spricht nur Abg. Roman über die vom Ausschusse unerörtert gelassene Frage, ob die Landtafel fortzubestehen habe oder aufzulassen sei, ohne einen Antrag zu stellen.

Nach kurzer Spezialdebatte werden die Ausschuss-Anträge angenommen.

Nun folgt der Bericht des Comité's über den in der 7. Sitzung des Landtages vom Jahre 1861 eingebrachten Antrag auf Förderung der Operation des Grundentlastungsgeschäftes.

Abg. v. Strahl liest den umfassenden Bericht, welcher mit folgenden Anträgen des Comité's schließt:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Es sei die k. Regierung unter Anschluß einer Abschrift des Ausschussberichts zu ersuchen, die darin bezüglich der Organe und der Durchführung des Grundlasten-Ablösungsgeschäftes ausgesprochenen Wünsche zu berücksichtigen und nach Thunlichkeit in's Werk zu setzen.

2. Es sei das k. Ministerium zu ersuchen, bei Sr. k. k. Majestät jene Begünstigung hinsichtlich der ärarischen oder in ärarischer Verwaltung stehender Waldungen vorkommenden Servituten auch für Krain zu befürworten, welche dem Salzammergute in Oesterreich zugesprochen wurden; endlich

3. Es sei das k. Ministerium zu ersuchen, im verfassungsmäßigen Wege ein Gesetz in's Leben zu rufen, wornach das landesfürstliche Reservat- und Hochheitsrecht auf Hoch- und Schwarzwälder in Krain mit Berücksichtigung der auf dieser Grundlage erworbenen dritter Personen Rechte aufgehoben oder wenigstens die Einwendung der Verjährung für zulässig erklärt werde.

Zur Generaldebatte erhält Abg. Mulley das Wort; er berichtet über die beim Ablösungsgeschäfte vorkommenden Ungleichmäßigkeiten, und erzählt einen eklatanten Fall. Er stellt zu Antrag 1 ein Amendement, welches unterstützt wird. Abg. v. Vanger erzählt einen anderen Fall, der das Gegentheil der Mulley'schen Behauptung darthun soll.

Abg. v. Strahl bemerkt, das Comité habe einzelne Fälle nicht erzählt, um keine zu weitläufige Diskussion hervorzurufen.

Präsident schließt die Generaldebatte und eröffnet die Spezialdebatte.

Abg. Roman stellt bei Punkt 1 den Abänderungsantrag, dieser Punkt solle lauten: „Es sei die k. Regierung zu ersuchen, nachstehende Wünsche zu berücksichtigen“, was nach einer kurzen Debatte angenommen wird. Ebenso wird das Mulley'sche Amendement angenommen.

Abg. Deschmann ergreift bei Punkt 2 das Wort, um gegen denselben und zugleich gegen den folgenden Punkt zu sprechen, indem er behauptet, es würde darin ein gefährliches Präjudiz geschaffen. Das Waldreservat, wie es in Krain bestche, sei zum Schutz des Bergbaues; Eigentumsansprüche habe das Montanärar nicht auf die Waldungen.

Würden die Punkte 2 und 3 angenommen, so würde ausgesprochen, daß das Aerar noch andere berechnete Ansprüche habe, als das einfache Hoheitsrecht. Er beantragt Streichung des 2. Punktes, weil die Verhältnisse in Krain andere als in Salzburg sind; bezüglich des 3. Punktes wünscht er einen energischen Schritt, und beantragt: Es sei das Ministerium zu ersuchen, daß das Aerar von seinen Ansprüchen auf die Waldungen in Oberkrain zurücktrete.

Es entsteht nun eine lange Debatte, an der die Abgeordneten Roman, Brolich, Deschmann und schließlich der Berichterstatter v. Strahl theilnehmen. Letzterer gibt Aufklärungen darüber, was der Ausschuss unter den, dem Salzammergute zugesprochenen Begünstigungen verstehe.

Bei der Abstimmung wird Punkt 2 nach dem Ausschussantrage angenommen.

Ueber Punkt 3, der schon bei Punkt 2 in die Spezialdebatte einbezogen wurde, entsteht wieder eine längere Debatte, an welcher die Abgeordneten Roman, Brolich, Kromer, Deschmann und der Berichterstatter von Strahl theilnehmen, und die schließlich mit der Annahme der Ausschussanträge und der Ablehnung des Deschmann'schen Antrages endet.

Schluß der Sitzung.

37. Sitzung des krainischen Landtages

am 28. März.

Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter v. Wurzbach; landesfürstlicher Kommissär: Herr Landesrath Roth.

Präsident verliest eine vom Abg. Bleiweis und Genossen eingebrachte Interpellation. Sie betrifft die slovenische Sprache am Laibacher und Krainburger Gymnasium. Die Interpellanten fragen:

1) wie es kommt, daß an diesen Gymnasien für die slovenische Sprache keine geprüften Lehrer vorhanden sind, während doch alle übrigen Fächer sich geprüfter Lehrer erfreuen. Der das Slovenische in der 8. Klasse tradirende Lehrer Maru ist nur Katechet, und nicht eigentlicher Professor dieses Faches, welches er nur aus Privatleiß und aus Interesse zur guten Sache übernommen hat.

2) Fragen die Interpellanten, warum das slovenische Lesebuch für die 8. Klasse nicht schon beendet sei.

3) Ob nicht diese Hindernisse der Erlernung der slovenischen Sprache am Laibacher und Krainburger Gymnasium in Kürze behoben werden dürften.

Als erster Gegenstand der Tagesordnung kommt das Präliminare des Grundentlastungsfonds zur Verhandlung.

Abg. Suppan verliest den Bericht des Finanz-Ausschusses und stellt zuerst die Vorfrage, ob die Ausgaben für die Servitutenablösungs-Kommissionen noch ferner in das Präliminare des Grundentlastungsfonds, oder in das des Landesfondes einbezogen werden sollen; der Finanzausschuss habe sich für ersteres erklärt.

Der Landtag erklärt sich ebenfalls dafür.

Es wird nun Erforderniß und Bedeckung des Grundentlastungsfonds für 1863 postenweise vorgelesen und genehmigt, dann der Antrag des Finanz-Ausschusses: Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Vorausschlag des krain. Grundentlastungsfonds für das Verwaltungsjahr 1863 werde nach der oben enthaltenen rubrikweisen Auseinandersetzung im Erfordernisse mit 631.779, und in der Bedeckung mit 649.346 fl. festgesetzt; zur Bedeckung des Landesdrittels sei eine Landes-Umlage von 26 Prozent auf die direkten Steuern mit Ausschluß des Kriegszuschlages einzubehalten.

Das Präliminare für das Jahr 1863 bis Ende Dezember wird nun vorgelesen.

Bei der Position „Reisekosten zc. für die Servituten-Ablösungs-Kommissions-Beamten und für die Sachverständigen“ entstand eine Debatte.

Abg. Suppan bemerkte, es hätte sich eine gehoffte Verminderung nicht herausstellen lassen, und führt die Gründe dafür an.

Regierungsrath Roth bemerkt, daß das Verwaltungsjahr 1864 aus 14 Monaten bestehe, daß der Ausschuss jedoch nur die Position in der Höhe des Jahres 1863 angenommen habe, in der Meinung die Wintermonate wären ohnedies nicht zu Reisen benützt. Allein bei günstigem Wetter wie im letzten November und Dezember geschehe das wohl, und sollte das Geschäft nicht in's Stocken kommen, so wäre es nöthig die Position um den Betrag für 2 Monate zu erhöhen.

Abg. Kromer meint, wenn die Herren Kommissäre nicht so schnell reisen würden, daß sie täglich 15—18 Stunden verrechneten, so könnten sie mit der angenommenen Position auskommen.

Hierauf wird der Antrag des Ausschusses, der hohe Landtag wolle beschließen: Der Vorausschlag für das Verwaltungsjahr 1864 werde in dem Erfordernisse auf 861.804 fl. und in der Bedeckung auf 878.019 fl. festgesetzt.

Zur Bedeckung des Landesdrittels werde ein 26% Zuschlag auf die direkten Steuern mit Ausschluß des Kriegszuschlages und ein 10% Zuschlag auf die Verzehrungssteuer von sämmtlichen geistigen Getränken, dann vom Fleische eingehoben, angenommen.

Desgleichen wird der Antrag: Es sei der hohen Regierung der Wunsch auszudrücken:

a) Daß die Servituten-Ablösungs-Lokalcommissionen, mit Ausnahme jener zu Radmannsdorf, aufgehoben und ihre Geschäfte den k. k. Bezirksämtern zugewiesen werden, und

b) Daß die in Angelegenheit der Servituten-Ablösung zu unternehmenden Dienstreisen auf das unumgänglich nöthige Maß zurückgeführt und darauf gesehen werden wolle, daß die in irgend einem Zusammenhange stehenden Erhebungen unter Einem gepflogen werden wollen, angenommen.

Nun folgte die Verhandlung über das Lotterien-Ansehen.

Abg. Suppan liest den Bericht des Finanz-Ausschusses, der mit folgenden Anträgen schließt:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Es werde zur Ordnung der Geldverhältnisse des krainischen Grundentlastungsfonds ein Lotterien-Ansehen im Nominalbetrage von 2 Millionen Gulden durch Ausgabe von 100.000 Stücke Losen à 20 fl. österr. Währg. aufgenommen, welches binnen 50 Jahren unter den im Verlosungsplane bestimmten Modalitäten rückbezahlt wird.

2. Die Rückzahlung dieses Ansehens erfolgt durch den, loco Laibach zu errichtenden und unter der Verwaltung des Landesauschusses stehenden Tilgungsfond, in welchen das Land Krain nach den Ansätzen der Annuitätstabelle durch 50 Jahre alljährlich den Betrag pr. 78.000 fl., d. i. Siebenzig Achttausend Gulden österr. Währg. in halbjährigen Raten einzuzahlen verpflichtet ist.

3. Der Landesauschuss wird ermächtigt, nach erfolgter a. h. Sanction im Namen des Landes Krain mit dem Großhandlungshause J. G. Schuller & Komp. in Wien den Vertrag zur Durchführung dieses Ansehens nach dem Entwurfe definitiv abzuschließen, die Hauptschuldverschreibung auszustellen und die Theilschuldverschreibungen (Lose) anzufertigen.

4. Der vom Großhandlungshause J. G. Schuller & Komp. nach den Vertragsbestimmungen für die übernommenen Lose zu entrichtende Betrag wird vor Allem zur Beschaffung eines Kapitals in k. k. Staats- oder Grundentlastungs-Obligationen bis zu der Höhe verwendet, daß aus dessen Interessen-Erträgen die alljährlich in den Tilgungsfond einzuzahlende Annuität pr. 78.000 fl. gedeckt werden kann, welche Interessen während der ganzen Dauer der Tilgungsperiode ausschließlich zu diesem Zwecke zu verwenden sei.

5. Der Rest des Erlöses aus dem Verkaufe der Lose hat zur Deckung der Rückstände des Landes an den Grundentlastungsfond zu dienen.

Derselbe darf jedoch bis zum Schlusse des Jahres 1873 für die Bedürfnisse des Grundentlastungsfonds nicht verwendet werden, sondern es hat der Landes-Ausschuss dafür Sorge zu tragen, daß sowohl das Kapital als die davon entfallenden Interessen bis zu obigem Zeitpunkte auf die möglichst günstige Art fruktifiziert werden.

6. Gewinne, welche in der gesetzlichen Frist nicht begehoben werden, so wie die Interessen, welche das Großhandlungshaus J. G. Schuller & Komp. für derartige nicht begehobene Gewinne zu entrichten hat, fließen in den Landesfond.

7. Sollten Seitens des hohen k. k. Ministeriums Abänderungen des Vertrages gewünscht werden, so ist der Landesauschuss ermächtigt, darüber endgültig zu beschließen, insofern diese Änderungen nur formeller Natur sein sollten.

8. Dem Landesauschusse obliegt die Verwaltung des Tilgungsfonds, sowie die Oborges für den Verkauf der Obligationen nach §. 4 und der Fruktifizierung der Gelder nach §. 5 und 6. Das Resultat dieser Oborges ist alljährlich zu veröffentlichen.

9. Gegenwärtiger Antrag ist durch eine Deputation des hohen Landtages über vorläufig einzuholtende a. h. Ermächtigung Sr. Majestät zur a. h. Sanction zu unterbreiten.

Regierungsrath Roth theilt dem Hause mit, daß der Herr Finanzminister erklärt habe, er werde die Allerhöchste Sanction nicht erwirken können, wenn bei Losen im Betrage von 20 fl. beharrt würde.

Abg. Roman bemerkt, die im Ausschussberichte erwähnte eine Stimme, welche sich gegen den Vertrag mit dem Hause Schuller & Komp. erklärt habe, die sei er; er müsse nun sagen, warum er dagegen gewesen. Es habe nämlich das Haus Sothen in Wien günstigere Offerten gestellt. Redner schildert nun die Vortheile des Sothen'schen Offerts gegenüber dem Schuller'schen, und gibt an, daß er auch jetzt noch für die Annahme desselben sei.

Abg. Suppan betont die Schwierigkeit in einer Plenarversammlung über diese Angelegenheit mit all' der Rücksicht zu reden, die man den Offerten schuldig sei. Der Umstand, daß von 9 Ausschussmitgliedern und drei Vertrauensmännern sich alle gegen einen für das Schuller'sche Anerbieten ausgesprochen haben, sei wohl in Betracht zu ziehen. Er meint, die von Roman aufgezählten Vortheile des Sothen'schen Offerts seien sehr problematisch.

Antrag 1 des Finanzausschusses wird nach einer Pause von 10 Minuten einstimmig angenommen.

Da, um über die folgenden Anträge abstimmen zu können, das Haus erst den Entwurf des Vertrags mit dem Großhandlungshause Schuller & Komp. kennen muß, so wird derselbe verlesen und mit einer formellen Aenderung akzeptiert, worauf die Anträge 2—9 zum Beschluß erhoben wurden.

Hierauf schritt man zur Verhandlung des Ausschusses bezüglich der Freischuldssteuer. Der Ausschuss hatte den Antrag Roman's in seinem ganzen Umfang akzeptiert, und in einer Beziehung noch erweitert. Er beantragt:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

a) Der Landtag des Herzogthums Krain spricht sich auf Grund der im Gebiete des vaterländischen Bergbaues gemachten Erfahrungen dahin aus, daß die mit dem Gesetze vom 28. April 1862 eingeführte Reinertragssteuer ohne Maximalgränze so wie die Freischurfsteuer die bergmännischen Interessen des Herzogthums Krain sehr empfindlich bedrohe;

b) der Landtag stellt daher an die hohe Staatsregierung den Antrag resp. die Bitte, daß selbe im Reichsrathe, wo möglich schon in der nächsten Session eine Vorlage zur verfassungsmäßigen Revision des Gesetzes vom 28. April 1862 mit dem Antrage auf Festsetzung einer Maximalgränze für die Reinertragssteuer, so wie auf Aufhebung oder wenigstens Herabminderung der Freischurfsteuer von 20 fl. auf 6 fl. 30 fr. mit der weiteren Norm einbringe, daß die mit der allerhöchsten Entschliessung vom 5. August 1859 den Bergbaueu eingeräumte Begünstigung, wonach bei besonders schwierigen Abbauverhältnissen die Nachsicht der halben Waffengebühr zugestanden werden könne, in analoger Weise auch bei ähnlichen notorisch schwierigen Schurfverhältnissen für einzelne Reviere oder Gruppen von Freischürfen auf die allfällige im obigen Sinne restringirte Freischurfsteuer ausgedehnt werden möge.

Nach ausführlicher Begründung von Seite des Berichterstatters Abg. Deschmann, und nach einer kleinen Debatte, an welcher sich die Abg. Luchman (er entschuldigte die Handelskammer gegen den neulich vom Abg. Roman gemachten Vorwurf), Roman, Kromer theilnahmen, wird der Auschussantrag angenommen.

Präsident theilt nun eine, so eben durch den Abg. Roman eingereichte Interpellation an die hohe Regierung mit, des Inhalts:

Dem Vernehmen nach soll eine Abtheilung von 400 Mann des vaterländischen Regiments Hebenlohe zur Dienstleistung bei den Salinen in Istrien zur Verwendung kommen. Diese Maßregel erscheint unbillig, weil, um den Dienst dort und zugleich in Laibach zu versehen, die vorgeschriebenen Veranlaugungen nicht eintreten können; sie sei den nationalökonomischen Interessen des Landes nachtheilig, weil diesem Arbeitskräfte entzogen würden. Die hohe Landesregierung wird nun befragt, was ihr von der gedachten Maßregel bekannt sei, und welche Mittel sie zu ergreifen gedenke, um den dadurch entstehenden Nöthen vorzubeugen zu können.

Regierungsrath Roth sagt, er sei heute nicht in der Lage darauf zu antworten.

Schluß der Sitzung.

Oesterreich.

Triest, 25. März. Die gestrige Sitzung unseres Gemeinderathes war eine sehr interessante. Bei Eröffnung derselben theilte der kaiserliche Kommissär, Sektionsrath Zenny, der Versammlung mit, daß Se. Majestät die Wahl des Herrn Conti zum Podesta nicht bestätigt habe. Der Gemeinderath und das Publikum nahmen die Nachricht mit der größten Ruhe hin. Als man dann zur Tagesordnung überging, erfüllte plötzlich ein knallartiger Schall, der von der Gallerie kam, den Saal, so daß Alles aufsprang. Ein Gemeinderath, der wahrscheinlich in diesem Augenblicke an die Pulververschwörung des Janke oder die Drinischen Bomben dachte, verlor die Fassung und schrie: „Man räume die Gallerie!“ Ein anderer Besonner rief: „Man verifizire das Faktum!“ Der städtische Baumeister wurde auf die Gallerie geschickt und berichtete, es sei eine große Bank, ob zufällig oder von einem Muthwilligen herabgestoßen, auf den hohlen Boden gefallen und habe in den großen Räumen des Saales dieses knallähnliche Geräusch erzeugt, welches die Nerven einiger Herren so stark erschütterte. Als die öffentliche Sitzung, in welcher der kaiserliche Kommissär einige interessante Aufklärungen über die öffentliche Sicherheit gab, zu Ende war, wurde eine geheime Sitzung vorgeschlagen und angenommen.

Krafsau. Ueber die schon telegraphisch angezeigte, aus Anlaß der Verfolgung flüchtiger Insurgenten durch russische Truppen bei Czulice und Karntew erfolgte Verlegung österreichischen Gebietes wird der „Krafsauer Zeitung“ Folgendes mitgetheilt: Der Grenzübergang der Insurgenten begann am 21. d. Mts. um 11 Uhr Vormittags. Gegen 12 Uhr langte eine größere Zahl Insurgenten in Czulice an. Etwa 300 Kosaken verfolgten sie bis zu den Gochhöfen in Czulice und Karntew auf österreichisches Gebiet, tödteten drei und verwundeten zwei der Flüchtlinge. Von den in das Dorf Czulice eingedrungenen 40 bis 50 Kosaken wurde die dort zur Bewachung der Grenze stationirte Abtheilung österreichischen Militärs entwaffnet und ein als Schildwache bei der Kirche postirter Soldat des Reg. Preußen durch einen Schuß getödtet. Gleichzeitig drangen mehrere Kosaken auf den ihnen ent-

gegenkommenden, die Abtheilung Kommandirenden, österreichischen F. I. Lieutenant ein, seine Vorstellungen, sie seien auf österreichischem Gebiete und er österreichischer Offizier, wurden nicht beachtet, wiederholt aus nächster Nähe auf ihn gefeuert und er endlich mit der entwaffneten Mannschaft als Gefangener vor den an der Grenzsäule mit etwa 7 bis 800 Dragonern haltenden russischen Obersten des Regiments gebracht. Auf die Vorstellung, daß eine Grenzverletzung stattgefunden, soll derselbe entgegengekommen haben, daß das österreichische Militär nicht hätte die Insurgenten in Schutz nehmen sollen. Er ließ hernach dem Offizier und den Soldaten die Waffen zurückstellen und sie auf österreichisches Gebiet zurückkehren, verweigerte jedoch seinen Namen und den seines Regiments zu nennen. Die dem Lieutenant abgenommene Ausrüstung, das ihm und der Mannschaft geraubte Geld, und die letzterer gehörige Munition wurden nicht zurückgestellt. Als Kuriosum wird erzählt, daß dem erschossenen Soldaten sofort die Beinkleider und Schuhe ausgezogen und mitgenommen wurden. Das herrschaftliche Gebäude, der Planken, an welchem der Lieutenant gestanden, zeigen viele Spuren der abgeprallten Kugeln. Die Mäntel der Mannschaft sind von Kugeln durchlöchert. Der weiteste Punkt, bis zu welchem die Kosaken auf österreichisches Gebiet gedrungen, beträgt etwa eine Viertel Meile.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Auf telegraphischem Wege hier eingetroffene Mittheilungen aus Petersburg vom neuesten Datum melden folgende sehr wichtige Nachrichten:

Gortschakoff soll den westmächtliden Gesandten die positive Erklärung abgegeben haben, jetzt, nachdem der polnische Aufstand als niedergeworfen zu betrachten sei, werde Kaiser Alexander bestrebt sein, im Einverständniß mit den beiden anderen Theilmächten, seinen polnischen Unterthanen Institutionen zu verleihen, welche Europa den Beweis liefern werden, daß der russischen Regierung das Wohl ihrer polnischen Unterthanen nicht minder am Herzen liege, als das der eigentlichen Russen. Auch ist eine General-Amnestie zwar nicht versprochen, aber in Aussicht gestellt.

Italienische Staaten.

Turin, 26. März. (Nachts). In der Deputirtenkammer fand die Debatte über das die Naturalisation der italienischen Emigranten betreffende Gesetz statt. Minister Peruzzi konstatirt, daß die Zahl der vom Staate subventionirten Emigranten sich auf 7000 belaufe und die jährlichen Ausgaben für dieselben drei Millionen betragen. Er unterstützt den Kommissionsantrag, worauf die Generaldebatte geschlossen wird. Artikel 1 wurde angenommen.

In der Debatte über die Petitionen zu Gunsten Polens kündigt der Berichterstatter die auf Verweisung der Petitionen an das Ministerium lautenden Schlußfolgerungen der Kommission an. Der Minister des Aeußern stimmt der Verweisung bei und setzt die Haltung des Ministeriums auseinander. Es seien dem Gesandten in St. Petersburg Instruktionen zu Gunsten Polens ertheilt worden. Er drückt die Hoffnung aus, daß die Regierung Kaiser Alexanders, welche sich so viel Ruhm erwarb, auch für Polen verhältnißmäßig sein werde. Italien konnte die sympathische Haltung Napoleons während des Krieges im Jahre 1859 und die leibthunige Anerkennung nicht vergessen. Das Ministerium habe in einer nach St. Petersburg gesendeten Note seine Ansichten über die Situation ausgedrückt.

Der Minister konstatirt die Haltung der anderen Mächte. England habe Italien eingeladen, an den diplomatischen Schritten Theil zu nehmen, welche für angemessen erachtet würden. Das Ministerium beziehe sich diese Einladung anzunehmen, jetzt nimmt Italien, indem es sich die Freiheit seiner Handlung wahr, seinen Platz im europäischen Kongresse ein. Die Devisen des Ministeriums sei: Stets unabhängig, niemals isolirt. Diese Erklärungen wurden beifällig angenommen.

Mordini sagt, Italien solle Polen unbefürmert um die Verträge helfen, indem es die politische Einheit Polens vertheidigt. Er glaubt, das Ministerium sei aus Mangel an Energie weder konservativ noch revolutionär gewesen. Er beantragt folgende Tagesordnung: Die Kammer verdamme die Gesühle Italiens und fordere das Ministerium auf, die Rekonstruktion der polnischen Nationalität mit allen Mitteln seiner Macht zu unterstützen. Der Minister des Aeußern fügt hinzu, daß die Regierung die Verträge nicht anerkennen, aber in der Antwort an England erklärt habe, daß es die Regeln für seine Haltung mehr in dem Ursprunge des Königreichs Italien und dem Rechte der Nationalität als in den Verträgen schöpfe.

Die Turiner ministerielle „Constitutione“ schreibt: „In diesem Augenblicke erhalten wir die traurigste

Nachricht, die uns zukommen konnte, und welcher wir noch keinen Glauben beimesen wollen, da wir wünschen müssen, sie möge sich nicht bestätigen. Giuseppe Garibaldi soll am 19. d. in Folge eines Fiebers seinen Geist aufgegeben haben.

Tagesbericht.

Wien, 26. März.

Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Dalmanien soll neueren Bestimmungen zufolge erst Mitte April stattfinden.

Im Ministerium wird nach der „N. C.“ an dem Entwurfe eines neuen Kolonisationsgesetzes gearbeitet, welches die Interessen der gesamten Monarchie zur Grundlage hat. Es ist Aussicht vorhanden, daß der zweiten Session des Reichsrathes dieser Entwurf vorgelegt werden wird.

Der Bau des neuen Treumann-Theaters wurde gestern in Angriff genommen und soll das Gebäude bis zum Spätherbste derart vorgeschritten sein, daß die Vorstellungen im selben gegeben werden können.

Ueber das Fräulein Pustowojoff, Adjutant des Diktators Langiewicz gibt die „Krafsauer Ztg.“ folgende verläßliche biographische Notizen: Fräulein Henriette Pustowojoff ist aus Wierchowiska (Gouvernement Lublin) gebürtig, 18 Jahre alt, ledig, Tochter des vor 5 Jahren in Turowice verstorbenen russischen Generals Theophil Pustowojoff; die Mutter, eine geborne Kossakowska, Tochter des polnischen Majors Marian Kossakowska, lebt in Turowice auf ihrem Gut. Vor zwei Jahren wurde Henriette Pustowojoff wegen regierungseindlicher Demonstrationen nach Zhtomir in Gewahrsam gebracht, entfloh nach 10 Monaten in die Moldau, lebte in Bukarest und traf am 22. Jänner l. J. in Sydlowice bei Langiewicz ein, dessen Schicksal sie seither getheilt hat.

Nach Bericht aus Lacroia macht die Besserung des an den Mätern erkrankten Herrn Erzherzogs Ferdinand Max rasche Fortschritte und dürfte sich der hohe Kranke schon zum Osterfeste in besserer Rekonvaleszenz befinden.

Dr. Fischer, welcher Ihre Majestät die Kaiserin im vorigen Jahre nach Kissingen begleitete, ist von München hier angekommen und wird sich dem Vernehmen nach auch heuer wieder mit der Kaiserin nach Kissingen begeben.

Der Direktor der F. F. Hof-, Aeralial- und Staatsdruckerei hat dem Herrn Finanzminister sein Pensionsgesuch überreicht. Dem Vernehmen nach soll dasselbe nicht angenommen worden sein.

In Wien bestehen derzeit 118 Kranken- und Leichenvereine, 50 Unterstützungsvereine, Pensions-Institute, 36 Vereine für Wohltätigkeit und Humanität, 25 religiöse und Kultusvereine, 58 Vereine für Kredit, Verkehr, Versicherungswesen und Industrie, 5 für Landwirtschaft, Forstkultur und Pferdezucht, endlich 52 Vereine für Wissenschaft, Kunst, allgemeine Bildung und Geselligkeit.

Bermischte Nachrichten.

In dem Dorfe Zeichtuz in Krain lebt ein 97-jähriger Bauer, der eine englische Pension genießt. 1787 zur österreichischen Marine affektirt, gerieth er in seinem dritten Dienstjahre in englische Kriegsgefangenschaft und wurde in die britische Armee eingetheilt, mit welcher er den ostindischen Krieg mitmachte und nachdem er ausgedient hatte, gegen erhaltene Zusicherung einer jährlichen Pension die zweite Kapitulation annahm. Zu Anfang dieser Jahrhunderte lebte er in seine Heimat zurück und übernahm von seinem Vater, der ihn längst todt geglaubt hatte, dessen Wirtschaft. Später, als ihn die Kraft zur Arbeit verließ, wendete er sich an die englische Regierung und suchte seine Pensionsansprüche geltend zu machen. Hierauf kam ihm der Bescheid zu, daß der Ausfolgung der Pension kein Hinderniß im Wege stehe, sobald er die Offiziere, unter denen er gedient, namhaft machen könne. Der Slovane gab nun nicht allein die Namen seiner Vorgesetzten, sondern auch die vielen seiner ehemaligen Kameraden an und in Folge dessen wurde ihm seine jährliche Pension von 15 Pfund Sterling seit seinem Austritte aus der englischen Armee berechnet und ausbezahlt.

Ein Selbstmord unter außerordentlichen, beinahe unerhörten Umständen ist in dem Amtsbezirk Engen (Baden) vor einigen Tagen ausgeführt worden. Ein lediges 33-jähriges Frauenzimmer wurde nach dem Tode ihrer Schwester, welche sich selbst entleibt hatte von Melancholie befallen, die sich in dem Maße steigerte, daß sie in förmlichen Wahnsinn überging. In diesem Zustande versuchte sie einmal durch Ertränkung und einmal durch Vergiftung sich das Leben zu nehmen; es gelang ihr jedoch nicht. Endlich erlitt sie den Erstickenstod dadurch, daß ihr ein Stück eines Weßteins, das sie verschluckte, in der Speiseröhre

stecken blieb und nicht mehr herausgebracht werden konnte. Die Leichensektion lieferte ein unerhörtes Ergebniss. Im Magen fand sich ein $3\frac{1}{2}$ Zoll langer hölzerner Rechenzahn vor; am Ende des Dünndarms, nahe an der Einmündung desselben in das Colon, lag eine Messerklinge, $2\frac{1}{2}$ Zoll lang $\frac{1}{2}$ Zoll breit, mit scharfer Schneide und Spitze, letztere nach unten gekehrt; ferner eine eiserne sogenannte Holzschraube, 2 Zoll lang und 2 Linien dick, der Kopf dieser Schraube hält 4 Linien im Durchmesser; neben derselben lagen 3 Drahtklippen, einer von $2\frac{1}{2}$ Zoll die beiden anderen von 2 Zoll Länge, in der Dicke wie eine Rasenfeder; ferner fand sich dort ein geschmiedeter Lattenzahn, 2 Zoll lang, mit Kopf und abgebrochener Spitze, und endlich 2 Stücke von einer abgebrochenen Stricknadel.

Aus den Landtagen.

Görz, 28. März. Heute Mittags wurde die Session des Görzer Landtages vom Landeshauptmann mit einem Lebehoch auf Se. Maj. den Kaiser geschlossen.

Varenzo, 27. März Abends. Heute Abends ist der Itrianer Landtag mit einem vom Landeshauptmann ausgebrachten Lebehoch auf Se. Majestät den Kaiser, welches vom versammelten Landtage mit Enthusiasmus wiederholt wurde, feierlich geschlossen worden.

Graz, 26. März. Der Landeshauptmann theilt die Zuschrift des Statthalters mit, zufolge welcher die Dauer der Session des steirischen Landtages bis 31. März ausgedehnt werden kann. Nachbauer bringt einen von vierzig Abgeordneten unterstützten Antrag ein, an Se. Majestät eine Adresse zu richten mit der Bitte, um Amnestirung und Rehabilitirung der wegen politischer Vergehen und Verbrechen verurtheilten Steiermärker.

Abg. Kaiserfeld erstattet Bericht über das Straßenskonkurrenzgesetz. Mehrere Petitionen des Präliminars werden vorgelegt und aus Anlaß derselben beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dem Reichsrathe ein Gesetz vorzulegen, womit die Einrichtungen der Zwangsarbeitssanstalten nach den Forderungen des Rechtsstaates und im Geiste der Verfassung abgeändert werden; ferner ein Gesetz, wodurch die volle Vergütung für Militärversorgung und Einquartierung als Reichssache nur von den Reichsfinanzen getragen werde. Schließlich wurde eine Banordnung für Graz beschlossen.

Klagenfurt, 27. März. Heute wurde die Verathung des Budgets pro 1863 und 1864 (einschließlich der Monate November und Dezember) beendet und die Landesumlage für den Landesfond auf 22 kr. vom Gulden direkter Steuer festgestellt. Das Defizit des Domestikalfondes soll durch Subvention des Staateschapes auf Grund der Aequivalentenansprüche des Landes gedeckt werden. Der Landeshauptmann kündigt für morgen die Schlussitzung an.

Linz, 26. März. Zweite Lesung des Gemeindegesetzes. Die neu formulirten Paragraphen werden ohne Debatte angenommen. Die Landesfonds- und Grundentlastungsfonds-Präliminarien pro 1864 werden erledigt. Der Landesfondszuschlag pr. Steuer-gulden beträgt 18 Kreuzer, der Grundentlastungsfondszuschlag 19 Kreuzer.

Linz, 27. März. In der heutigen Landtags-sitzung wurde der Bürgermeister Körner von Linz in den Reichsrath gewählt und erklärte die Wahl anzunehmen.

Linz, 27. März. Die Generaldebatte über den Ausschussbericht in Betreff des Kirchen-Konkurrenzgesetzes war sehr lebhaft. Es sprechen Dr. Wiser, Hann, der Bischof von Linz, Siguly, Groß, Peßler, Seyrl. Es wurde beschlossen: Der Landtag erkennt als Nothwendigkeit, daß dieses Gesetz durch ein Gesetz ergänzt werde, in welchem den Laien auf die Gebörung mit dem Kirchenvermögen ein den Geistlichen nicht nachstehender Einfluß gewährt, und bei Streitigkeiten der Schatz weltlicher Entscheidung gestiftet werde, daher das Ministerium um Einbringung solcher Gesetzentwürfe angegangen wird und der Landtag in eine Beschlußfassung über den vorliegenden Gesetzentwurf nicht eingeht.

Linz, 27. März. In der heutigen Abendsitzung beschloß der Landtag nach zweitägiger Debatte in die Gesetzentwürfe über das Schulpatronat und die Kostenbestreitung der katholischen Volksschule nicht einzugehen. Der Antrag auf Erwirkung eines Reichsgesetzes bezüglich der Heimatsverhältnisse wurde angenommen.

Linz, 28. März. Der Landtag wurde um 11 Uhr mit begeisterten Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und das Land Oberösterreich geschlossen.

Prag, 26. März. Heute wurde die Verathung der Gemeindeordnung beendet. Nach der zweiten Lesung bemerkt der Regierungskommissär: durch §. 56 des Entwurfes, welcher in dieser Fassung das Oberaufsichtsrecht des Staates über die Gemeinde be-

schränkt, könne leicht das Zustandekommen des Gemeindegesetzes in Frage gestellt werden. Graf Hartig beantragt die Zurückweisung des §. 56 an die Kommission. Das Haus geht darüber zur weiteren Tagesordnung, der Gemeindevahlordnung, von welcher §. 1 bis 13 nach dem Entwurfe mit der Regierungsvorlage übereinstimmend angenommen wird.

Prag, 27. März. Die Verathung der Gemeindevahlordnung und der Einführungsvorschrift wurde beendet. Bei §. 15 griff Nieger, für den Majoritätsantrag, welcher die Beamten in den dritten Wahlkörper setzt, den Beamtenstand heftig an. Herbst vertheidigt die Beamten. Baron Kellersberg spricht für den Minoritätsantrag der Kommission, welcher die Beamten von der achten Diätenklasse an in den ersten Wahlkörper setzt. Bei namentlicher Abstimmung wird der Minoritätsantrag mit 119 gegen 77 Stimmen angenommen. Die Mittheilung, daß Sr. Majestät die Dauer der Session bis zum 18. April ausgedehnt habe, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Kardinal Fürst Schwarzenberg dankt dem Freiherrn v. Kellersberg und dem Oberstlandmarschall für die Erwirkung dieser Verlängerung (allgemeiner Beifall). Ueber Antrag des Oberstlandmarschalls drückt das Haus den Dank an Se. Majestät durch ein dreimaliges begeistertes Hoch aus und vertagt sich bis 8. April.

Brünn, 26. März. In der heutigen Sitzung wurde die Verathung über das Schulbau-Konkurrenzgesetz begonnen.

Brünn, 26. März. (Abends.) Das Gesetz über die Schulbau-Konkurrenz wurde beendet.

Brünn, 27. März. Das Kirchenkonkurrenzgesetz wurde verathet. Der Landtag beschließt im Prinzip die Bezirksvertheilung und beauftragt den Landesauschuß mit den Vorerhebungen.

Brünn, 27. März. (Abendsitzung.) Das Statut der neuen Irrenanstalt wurde verathet. Der Landtag genehmigt die Wirksamkeit des Landesauschusses bezüglich der Besetzungen bei Beamten und dem Personale der Landesämter und Landesanstalten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Krakau, 27. März. Einem Gerüchte zufolge soll Kielce durch die Insurgenten bedroht sein. Die russische Truppenabtheilung hat Michalowice gestern Nachmittags wieder verlassen, und ist gegen Slonimki gezogen.

Krakau, 28. März. Mielecki ist in Folge der Verwundung in Gnesen gestorben. Bei Kielce haben sich 1000 Insurgenten gezeigt, welche sich im Gebirge Swietny-Krzyz organisiert haben. Die Russen ziehen gegen Kielce.

Berlin, 28. März. Von der polnischen Grenze wird unter dem 26. gemeldet: Die Insurgenten in den Gouvernements Plock und Augustowo erhielten eine Sendung von 1000 Miniekarabinern. In Warschau wurden zwei Spione auf der Straße ertodet.

Karlsruhe, 27. März. Die „Karlsruher Ztg.“ schreibt: Der Bevollmächtigte Badens bei der Zollkonferenz werde an der Discussion von Fragen, welche über die Kompetenz der Zollvereinskonferenz hinausgehen oder dieser Konferenz durch Zugichung Bevollmächtigter, die nicht den Zollvereinsstaaten angehören, einen andern Charakter verleihen, nicht theilnehmen. Die Frage einer nähern Verbindung Oesterreichs lasse sich erst nach Sicherstellung des Zollvereins in Ministerkonferenzen behandeln, nicht in der Zollkonferenz.

Breslau, 28. März. Die heutige „Schles. Ztg.“ meldet aus glaubwürdiger Quelle: aus Warschau: Marquis Wielopolski habe seinen Einfluß bei dem Großfürsten verloren und sei in vollständige Ungnade gefallen; der Großfürst empfangen ihn nur widerwillig.

Köln, 28. März. Die „Kölnische Ztg.“ meldet aus Wien vom 27. d. M.: Frankreich hat den Vetschaftern der Großmächte in Paris die vollkommene Unabhängigkeit des Herzogthums Warschau mit dem Herzog von Leuchtenberg als souveränem König vorgeschlagen. Preußen und Oesterreich sollen im Besitze Posen und Galiziens bleiben.

Rom, 26. März. Prinz Latour d'Auvergne wurde vom Papst in feierlicher Audienz empfangen und stattete dem Kardinal Antonelli einen Besuch ab.

Turin, 27. März (Nachts). In der Deputirtenkammer wurde die Debatte über die Petitionen zu Gunsten Polens beendet. Der Kommissionsantrag auf Verweisung an das Ministerium als Vertrauensausdruck wurde mit großer Majorität angenommen. Nach einem lebhaften Zwischenfalle zieht Cairoli sein auf die Naturalisation der Emigranten bezügliches Projekt wegen der von der Kommission eingebrachten Amendements zurück.

London, 28. März. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses erklärt Lord Palmerston in Folge verschiedener Interpellationen, die Verhandlungen mit den Mächten des Wiener Vertrages wegen Polens dauern fort. Näheres sei vorerst nicht mittheilbar.

Die Klagen Amerika's über mangelhafte Neutralität seien unbegründet. England beobachte die Neutralitätsgesetze strengstens und werde diese wegen Parteigeschreies gegen England nimmer ändern. Das Parlament vertagt sich bis zum 13. April.

Stockholm, 28. März. Gestern fand ein großes Banquet zu Ehren des Fürsten Gzartoryski Statt. Bei dem Toast, welchen General Hjelms auf Polen ausbrachte, herrschte große Begeisterung. Die Versammlung stimmte die polnische Nationalhymne an.

New-York, 19. März. Die Legislative New-Jersey's hat mit großer Majorität sich zu Gunsten des Friedens erklärt. Das Bombardement Port Hudsons fing am 14. an und es fand ein hartnäckiger Kampf Statt. Nach südlichen Berichten siegten die Konföderirten vollständig. Die Unionberichte fehlen noch. Der Sieg der Unionisten am Yazoo-Flusse bestätigt sich nicht. Nach Texaner Berichten hätten die Franzosen die Stadt Mexiko eingenommen. Die Nachricht wird für verfrüht gehalten.

Die nachstehenden telegraphischen Depeschen werden der Wiener Zeitung mitgetheilt:

Warschau, 26. März, Abends 5 Uhr. Die Bande Cieszkowski's wurde bei Kuznica im Westen der Warschau-Wiener Eisenbahn, im Norden von Gzyschow, geschlagen. Munition und Briefschaften blieben in den Händen der kaiserlichen Truppen.

Warschau, 26. März, 7 Uhr Abends. Am 24. März wurde Lewandowski's Bande bei Storzek im Gouvernement Lublin über den Haufen geworfen. Lewandowski ist verwundet und zum Gefangenen gemacht.

Warschau, 27. März, Abends 8 Uhr. Podlewski, von drei Seiten durch russische Truppen eingeschlossen, hat am 22. März bei Gorkow im Distrikt Lipno, Gouvernement Plock, selbst seine Bande aufgelöst und ist mit 200 Veritlenen gegen Mawa geflohen. Die kaiserlichen Truppen fanden bei Gorkow viele weggeworfene Waffen, darunter zwei kleine Kanonen.

Neueste levantinische Post.

Konstantinopel, 27. März. Der Sultan verschob seine Abreise um einige Tage, bis das Geschwader völlig bereit ist. Abderahman Pascha ersetzt den Gouverneur von Schumla, welcher sich Pflichtvergessenheiten gegen österreichische Unterthanen zu Schulden kommen ließ. Der neue preussische Gesandte bei der Pforte, Graf Brasier de St. Simon ist heute Morgen hier angekommen. Möncke aus Schumla bei Trebigne sind auf österreichische Verwendung bei der Pforte in ihr Kloster zurückgekehrt.

Athen, 21. März. Ueberhandnehmende Zügellosigkeit der Soldaten. Die Kaufleute Athens und des Pyraeus petitioniren bei der Nationalversammlung um Wiedererrichtung des Generalkommandos. Oestern stürmte der Pöbel die Druckerei eines kleinen Blattes, welches behauptete, daß England die bairische Kandidatur unterstütze. Der Redakteur wurde in Arrest geführt, um ihn vor Mißhandlung zu schützen. Oberst Koronatos wurde zum Chef der Nationalgarde gewählt. Der Kriegsminister gab seine Entlassung, die nicht angenommen wurde. Der Minister des Aeußern ist definitiv zurückgetreten, sein Departement leitet provisorisch der Justizminister. Eliot erklärte amtlich, daß England die bairische Kandidatur nicht unterstütze. Die Finanz-Kommission beantragt die Aufhebung sämtlicher bezahlten Konsulate.

Neueste Ueberlandpost.

Alexandrien, 18. März. Niaz Bey, erster Wakil Mustapha Pascha's wurde verhaftet; andere Beamte dieses Prinzen wurden in Tazoglu internirt. Auch in Cairo wurden Verhaftungen vorgenommen. Aegypten wurde in zwei große Inspektorate getheilt, eines vom Meere bis Cairo, das andere von Cairo bis zur äußersten Grenze; ersteres und Ragheb Pascha, letzteres unter Abdallah Pascha.

Getreide-Durchschnitts-Preise in Laibach

am 28. März 1863.

Ein Megen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	—	—	4	90
Korn	—	—	3	10
Gerste	—	—	2	97
Hafer	—	—	2	26
Halbfrucht	—	—	3	60
Heiden	2	40	2	50
Hirse	—	—	3	—
Kukuruz	—	—	2	90

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, 28. März. (Mittags 1 1/2 Uhr.) (Nr. 319. Abbl.) Die Haltung gut, sowohl für Staatspapiere als für die Valuta großer Verkehr bei vorherrschender Kaufkraft in Konvertiten in österreichischer Währung, Metalliques-Obligationen und 1860er Losen, auch Grundentlastungs-Obligationen fester. Sehr lau Kredit-Lose, ingleichen einige Bahn-Aktien matter. Hingegen Kredit-Aktien behauptet, und Lloyd-Aktien, dann die Aktien der böhmischen Westbahn um einige Gulden höher. Wechsel auf fremde Plätze, viel umgekehrt, schließen so wie Gold und Silber um einen Bruchtheil billiger als gestern. Geld genügend, aber doch minder flüssig.

Öffentliche Schuld.		Gold		Bare		Gold		Bare	
A. des Staates (für 100 fl.)		Ob. = Desl. und Salz. zu 5%		Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.		Palffy		zu 40 fl. EM.	
In österr. Währung zu 5%	69.75 69.85	Böhmen	88.75 84.25	GM. m. 180 fl. (90%) Einz.	211.50 212.—	Clary	36.50 37.—	St. Denis	35.— 35.50
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.	94.60 94.80	Steiermark	84.50 88.—	Desl. Den.-Dampfsch.-Ges. 500 fl.	434.— 436.—	St. Denis	36.75 37.—	Windischgrätz	21.50 22.—
detto ohne Abschalt 1862	93.20 93.40	Kärnt., Krain u. Küst.	81.— 87.—	Deslerrich. Lloyd in Triest	240.— 242.—	Windischgrätz	20 " "	Baldstein	23.50 24.—
National-Anleihen mit		Mähren u. Schlesien	87.50 88.—	Wiener Dampfm.-Akt.-Ges. 500 fl.	395.— 400.—	Baldstein	20 " "	Keglevich	16.50 17.75
Jänner-Coupons	81.50 81.60	Ungarn	75.— 75.50	Heidbahn-Aktien 200 fl. G.M.	395.— 400.—	Heidbahn-Aktien	10 " "	Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
National-Anleihen mit		Tem. Ban., Kro. u. Slav.	73.50 74.—	m. 140 fl. (70%) Einzahlung.	147.— —	Heidbahn-Aktien	3 Monate	Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
April-Coupons	81.70 81.80	Galizien	73.25 73.75	Pfandbriefe (für 100 fl.)		Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
Metalliques	75.90 76.10	Siebenb. u. Bukow.	72.— 73.—	National-Glück. v. 3. 1857 5%	104.90 105.—	Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
detto mit Nat.-Coup.	76.20 76.30	Venetianisches Anl. 1859	92.— 93.—	bank auf 10 " detto	101.25 101.75	Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
detto	67.— 67.25	Nationalbank	796.— 798.—	G. M. 1 verlosbare	89.75 89.90	Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
mit Verlosung v. Jahre 1839	154.— 154.50	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. B.	212.40 212.50	Nationalb. auf d. B. verlosb. 5 "	85.50 85.70	Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
" " 1854	93.— 93.50	R. d. Gecom.-Ges. 500 fl. d. B.	636.— 638.—			Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
" " 1860 zu		R. Ferd.-Nordb. 1000 fl. G.M. 1841.— 1842.—				Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
500 fl.	95.10 95.20	Staats-Glück. Ges. zu 200 fl. G.M.	224.50 225.—			Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
zu 100 fl.	96.— 96.—	oder 500 Fr.	153.— 153.25			Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
Com. - Renten f. zu 42 L. austr.	16.75 17.—	Kais. Glück.-Bahn zu 200 fl. G.M.	131.25 131.50			Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
B. der Kronländer (für 100 fl.)		Süd.-nordb. Verb.-B. 200 "				Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
Grundentlastungs-Obligationen.		Süd. Staats-, lomb.-ven. n. Centr.				Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
Niederösterreich zu 5%	87.75 88.25	ital. Glück. 200 fl. d. B. 500 Fr.				Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75
		m. 180 fl. (90%) Einzahlung.	267.— 268.—			Heidbahn-Aktien		Heidbahn-Aktien	16.50 17.75

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 28. März 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 76.—	Silber 111.35
5% Nat.-Anl. 81.55	London 111.90
Bankaktien 796	R. f. Dufaten 534.—
Reichsbank 212.40	

Lottoziehung vom 28. März. Trieft: 66 56 1 27 7.

Fremden-Anzeige. Den 27. März 1863.

Die Herren: Zwilling, Fabrikant, und —
Anapl. Chemiker, von Graz. — Die Herren: Gö-
nitzer, Realitätenbesitzer, und Trötner, von Wolfsberg.
— Die Herren: Glasersfeld, Privatier, — Stieber,
und — Humer, Agenten, von Wien. — Hr. Zehrer,
Hausbesitzer, von Klagenfurt. — Hr. Stuchle, Ober-
förster, von Sammerfeld.

Fahrordnung

der
Züge der k. k. Südbahn-Gesellschaft
vom 1. Mai 1862 bis auf Weiteres.

a) Züge zwischen Laibach und Wien.

In der Richtung nach Wien.	
Laibach Abfahrt Nachm.	1 Uhr 9 M. n. Nachts 12 Uhr 57 M.
Steinbrück	3 " 26 " " Fröh 3 " 12 "
Gill	4 " 16 " " " 4 " 1 "
Pragerhof	5 " 54 " " " 5 " 39 "
Marburg	6 " 50 " " " 6 " 15 "
Graz	Abends 8 " 55 " " " 8 " 34 "
Bruck a. M.	10 " 42 " " " 10 " 23 "
Neustadt	Fröh 3 " 34 " " Nachm. 3 " 34 "
Wien Ankunft	5 " 17 " " " 5 " 24 "

In der Richtung von Wien.	
Wien Abfahrt Vorm.	9 Uhr 30 M. n. Abends 9 Uhr 30 M.
Neustadt	11 " 27 " " " 11 " 28 "
Bruck a. M.	Nachm. 4 " 38 " " Fröh 4 " 23 "
Graz	6 " 31 " " " 6 " 16 "
Marburg	Abends 8 " 46 " " " 8 " 30 "
Pragerhof	9 " 22 " " " 9 " 6 "
Gill	11 " 1 " " " 10 " 45 "
Steinbrück	11 " 47 " " " 11 " 32 "
Laibach Ankunft Fröh	2 " 1 " " Mittags 1 " 46 "

b) Züge zwischen Laibach, Triest und Venedig.

Laibach Abfahrt Fröh	2 U. 11 M. Nachm. 2 U. 7 M.
Adelsberg	4 " 38 " " " 4 " 34 "
Nabresina	7 " 32 " " " 7 " 29 "
Triest Ankunft	8 " 15 " " Abends 8 " 12 "
Nabresina Abf.	Fröh 7 " 55 " " " 9 " 50 "
Venedig Ank.	Nachm. 3 " 6 " " Fröh 4 " 30 "

In der Richtung von Venedig, Triest und Laibach

Venedig Abf. Abends	11 U. — M. u. Vorm. 11 U. — M.
Nabresina Ankf.	Fröh 6 " 26 " " Abds. 6 " 56 "
Triest Abfahrt	6 " 45 " " " 6 " 45 "
Nabresina	7 " 13 " " " 7 " 46 "
Adelsberg	10 " 26 " " " 10 " 8 "
Laibach Ankf.	Mittags 12 " 49 " " Nachts 12 " 47 "

Der Güterzug Nr. 2 geht jeden Montag und Donnerstag
von Wien nach Triest und jeden Mittwoch und
Samstag von Triest nach Wien.

Wien erfolgt Fröh	6 U. 30 M. Triest Abf. Fröh 6 U. 30 M.
Graz Mittags	12 " 31 " Laibach " 10 " 51 "
Gill Abends	3 " 39 " " " 1 " 6 "
Laibach	5 " 44 " " " 4 " 13 "
Triest Ankf. Abds.	9 " 59 " " " 9 " 54 "

c) In der Richtung von Sissef. Steinbrück.

Abfahrt von Laibach	1 Uhr 9 Min. Nachmittags, Ankunft
in Steinbrück	Nachmittags 3 Uhr 22 Min.
Abfahrt von Steinbrück	Nachm. 4 U. 25 M., Ankunft
in Agram	um 6 Uhr 59 Min.
Abfahrt von Agram	um 7 Uhr 14 M., Ankunft in Sissef
um 8 Uhr 45 M. Abends.	
In der Richtung von Sissef. Steinbrück.	
Abfahrt von Sissef	Fröh 6 Uhr 30 Min., Ankunft in
Agram	um 8 Uhr 1 Min.
Abfahrt von Agram	um 8 Uhr 16 Min., Ankunft in Stein-
brück	um 10 Uhr 50 Min.
Abfahrt von Steinbrück	11 Uhr 32 Minuten, Ankunft in
Laibach	1 Uhr 46 Min. Nachm.

3. 634. (1)

Ausgleichsverfahren

Johann Schlieber in Krainburg.

Ueber das mit Verordnung des hochlöblichen
k. k. Landesgerichtes Laibach ddo. 24. März
1863, 3. 1555 Civ., in Ansuchen des sämt-
lichen Vermögens des protokollierten Handels-
mannes Herrn Johann Schlieber zu Krainburg
Haus-Nr. 188 eingeleitete Ausgleichsverfahren
werden dessen sämtliche Herren Gläubiger
nach Vorschrift des Gesetzes vom 17. Dezem-
ber 1862 aufgefördert, zur Wahl des definiti-
ven Gläubiger-Ausschusses am 2. April 1863
Nachmittag um 3 Uhr in der Notariatskanzlei
Haus-Nr. 44 zu Krainburg entweder persön-
lich oder durch einen mit legaler Vollmacht
versehene Gewaltträger zu erscheinen oder sich
an der Wahl mittelst einer mit beglaubter Un-
terschrift versehenen Erklärung zu betheiligen.

K. k. Notariat Krainburg am 27. März 1863.

Josef Sterger,
k. k. Notar als Gerichtskommissär.

3. 610. (2)

Stickerinnen,

die größere Quantitäten Leinen- und Baum-
wollstickereien übernehmen können, wollen
sich brieflich an F. A. Wagner in
Szegedin wenden.

3. 625. (2)

Anzeige.

Nachdem ich das seit 15 Jahren bewohnte Ge-
wölbe im Schreyischen Hause in der Judengasse ver-
lasse, und zu Georgi in die Klosterfrauengasse zur
Schmalle übersiedle, mache ich die ergebenste Anzeige
daß ich nur um aufzuräumen meine Erzeugnisse als:
Stillesseiten für Herren und Damen, Kinder-Stiefel
aus Leder und Brünell um den Erzeugungspreis ver-
kaufe, und lade ich das verehrte P. T. Publikum zur
gefälligen Abnahme ergebenst ein.

Franz Draschler.

3. 626. (2)

Die Spezerei-, Material-, Wein- und Delikatessen-Handlung

des
Johann Kisebel in Laibach

empfiehlt für die Oftern, als: beste geräucherte echte
Grazer Schinken, Zungen- und Kai-
serfleisch, russ. Caviar, toll. Vollhä-
ringe, Sardinen, mar. Aale, Thonfi-
sche, schönste ausgesuchte süße Mandeln, Ro-
sinen, Weinbeeren, Ziweben, Dat-
teln, die beliebtesten Käse-Gattungen, dann fri-
schen keimfähigen Samen von nicht franz. Lu-
zerner-Inkarnat- und Esparsett-Klee,
Honig-, Kanarien-, Reih- und Thymo-
theus-Gras, so wie auch echte Glycerin-
Präparate, als: Cremé, trockene und flüssige
Seife; nebst allen übrigen zu benützenden Arti-
keln in reicher Auswahl zu billigen Preisen.

Ich bringe hiemit in meinem und im Namen meiner Familie allen verehrten P. T. Gönnern
und Freunden für die zahlreiche Theilnahme am Leichenbegängnisse und dadurch meinem lieben
Sohne Josef erwiesene letzte Ehre den tiefgefühlten Dank dar.

Laibach, 28. März 1863.

Josef Blasnik,
Buchdrucker.

3. 573. (10)

Promessen

auf

Credit-Lose zur Ziehung

am 1. April 1863

mit Haupt-Treffern von

250,000, 40,000, 20,000 fl. etc.

à fl. 4 gestempelt,

und mit der Unterschrift des Großhandlungs-Hauses J. C. Sothen in Wien ver-
sehen, sind noch zu haben bei

J. E. Wutscher.